Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Mittwoch, 29. Juni 1921 · Nummer 298 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saargebiet, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. 1 er Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die agrarischen Profitgeier

Bettelpfennige für die Erwerbslosen — Milliarden für die satten Agrarier

In der Sitzung des Reichstages am Dienstag ist die Beratung der Nachforderung für die Liebesgabe an die Agrarier von mehr als einer Milliarde Mark noch nicht zur Beratung gekommen. Der

drohende Widerstand der Unabhängigen

hat es den bürgerlichen Parteien als angebracht erscheinen lassen, auf einen günstigeren Augenblick zu warten, von dem sie hoffen, daß er ihnen die Möglichkeit gibt, dieses Milliardengeschenk ohne Erörterung durchzubringen. Doch diese Möglichkeit kommt nicht, trotzdem die bürgerlichen Parteien einig sind in der Ansicht, zu dieser Sache überhaupt nicht das Wort zu ergreifen. Sie wollen schweigen, um unbemerkt von der Oeffentlichkeit die Milliarde einzusacken. Die gesamte Presse leistet ihnen dabei Helfersdienste. Nicht ein einziges Blatt hat sich bisher gefunden, das außer uns die Oeffentlichkeit gegen diese gewissenlose Verschleuderung von Reichsgeldern aufzurufen wagte. Eine Milliarde Mark, das sind tausend Millionen, sollen die Agrarier erhalten, die eben erst eine

Liebesgabe von mehr als fünftausend Millionen Mark

erhalten haben und denen weitere Milliarden durch die Preiserhöhung für das Umlagegetreide in den nächsten Tagen winken.

Was aber gedenkt man für jene fast eine halbe Million Erwerbslose zu tun, die bereits längere oder kürzere Zeit ohne jeden Verdienst und mit ihren Familien dem Verhungern nahe sind. In der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses vom Dienstag ist darüber restlose Aufklärung geschaffen worden. Ein Vertreter der Regierung hat den traurigen Mut gehabt, entgegen allen offensichtlichen Tatsachen von einer Senkung der Preise für den Lebensunterhalt zu sprechen und zu erklären, daß die Regierung

eine Erhöhung der Unterstützung nicht für notwendig

halte. Sie könne auch mit Rücksicht auf die Entente nicht erfolgen! Die Entente habe erst vor kurzem bemängelt, daß für Unterstützungszwecke so viel Mittel aufgewendet werden, die den Reparationspflichten entzogen werden.

Ist das richtig, so gilt das doch in viel geringerem Maße für die wenigen Millionen, durch die die Erwerbslosen vor dem Verhungern geschützt worden sind, als viel, viel mehr für die Tausende von Millionen, die ohne jeden allgemeinen Nutzen

nur zur Bereicherung der Agrarier

aus öffentlichen Mitteln bewilligt worden sind.

Wohl selten ist der Klassencharakter des bürgerlichen Staates so klar hervorgetreten, wie bei dieser Gelegenheit. Staat und Regierung enthüllen sich als das, was sie immer waren und noch sind: **die Sachwalter kapitalistischer Interessen,** die von ihnen **ohne jede Rücksicht auf die vielen Millionen der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger verwirklicht werden.**

Nun soll in den nächsten Tagen auch noch die **Preiserhöhung für das Umlagegetreide** beschlossen werden. Es wird vorgeschlagen, den Weizenpreis von 1500 Mark auf 2300 Mark zu erhöhen. Dagegen

rebellieren nun selbst die christlich organisierten Arbeiter.

Wie das Zentrumsorgan „Der Deutsche" berichtet, ist vor einigen Tagen eine kleine Kommission von christlichen Reichstagsabgeordneten bei ihrem Parteifreund Hermes vorstellig geworden, um ihm zu erklären, daß diese „Preise in Anbetracht dessen, daß die Landwirte nur einen geringen Bruchteil ihrer Ernte abzuliefern brauchen, und für das andere die freie und zweifellos erhöhte Preisbildung haben, zu hoch erscheinen. Die christlich-national organisierte Arbeiterschaft sei sich natürlich keineswegs im Zweifel, welche volkswirtschaftlich ungünstigen Wirkungen die in Aussicht gestellten höheren Preise und die damit ganz naturgemäß verknüpften Lohn- und Gehaltserhöhungen ausüben müssen, wenn es dem Reichstage nicht gelingen sollte, die in Aussicht genommenen Preise für das erfaßte Getreide herabzudrücken."

Das aber sind einstweilen doch nur leere Worte. Bei der Neuregelung der Getreidewirtschaft waren es dieselben christlichen Gewerkschaftsführer, die den Agrariern geholfen haben, ihren Raub in die Scheuern zu bringen. Einstweilen also wird man ihren **Worten großes Mißtrauen entgegenbringen und ihre Taten abwarten müssen.**

Zu solchen Taten aber werden sie bereits in den nächsten Tagen Gelegenheit haben.

Die Milliarde für die Maiverbilligung darf nicht bewilligt werden.

Mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft wird die Unabhängige Fraktion gegen die Bewilligung Sturm laufen! Sie wird auch den Versuch, die Getreidepreise noch weiter zu erhöhen — und damit eine weitere Steigerung des Brotpreises über 7,50 M. hinaus — mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu verhindern suchen. Der Versuch der bürgerlichen Parteien, neue Liebesgaben für die Agrarier zu bewilligen, die Massen der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger aber immer tiefer in das Elend hineinzustürzen, muß aber nicht nur den geschlossenen Widerstand der Unabhängigen sondern aller sozialistischen Fraktionen finden.

USP. und städtischer Haushalt

Aus den Kreisen unserer Stadtverordnetenfraktion wird uns geschrieben:

Eine politische Partei, die ihre Selbständigkeit wahren will, kann sich ihre Stellungnahme nicht von zweiter und dritter Seite vorschreiben lassen, sie muß sich ihre Handlungen selbst überlegen und die Entscheidung nach den für sie maßgebenden Grundsätzen treffen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir auch ständig unsere kommunalpolitische Tätigkeit in allen Gemeindeparlamenten ausgeübt. Es war für uns nicht maßgebend, ob heute die Bürgerlichen einschließlich der Rechtssozialisten und morgen die Kommunisten über uns herfielen. Wir sind die einzige sozialistische Partei geblieben, die wegführend dem Proletariat vorangeht.

Der Kampf um die Einheitsgemeinde wurde in erster Linie von uns geführt; wir haben uns auch dann, als das Gesetz Groß-Berlin nicht unseren Erwartungen entsprach, nicht in den Schmollwinkel zurückgezogen, sondern fleißig an dem Aufbau mitgearbeitet. Wenn der Aufbau nicht so schnell, wie es notwendig ist, gelang, so tragen die bürgerlichen Fraktionen, die sich heute als Retter Berlins aufspielen, die Schuld. Man denke nur an die Schwierigkeiten bei der Bildung des Magistrats und der Bezirksämter, die Verschlechterung des Gesetzes durch den Preußischen Landtag und zuletzt die Klage auf Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen, sofort wird man die Saboteure erkennen. Den sicher zu erwartenden Wahlkampf haben wir nicht zu scheuen, wir begrüßen die Gelegenheit einer so schnellen Stellungnahme der Berliner Bevölkerung.

Die zahlreichen, wohldurchdachten Anträge unserer Fraktion, unsere umfassende, dem Wohle der werktätigen Bevölkerung dienende Tätigkeit in den Ausschüssen und Deputationen wird allseitig anerkannt und gewürdigt werden. Die Ablehnung des Etats durch uns, die stärkste Fraktion des Rathauses, hat die bürgerlichen Parteien und besonders die Rechtssozialisten sehr aufgeregt.

In der Kritik darüber, daß der Etat so spät und so unvollständig eingebracht war, waren alle Parteien einig, ebenso darin, daß bei den Streichungen sehr schematisch vorgegangen war, und nicht einmal das dringende Bedürfnis der einzelnen Bezirke befriedigt wurde.

Auseinander gingen die Meinungen in der Deckungsfrage. Wir haben bisher zur Hebung der Finanzschwierigkeiten unser Möglichstes getan, haben mancher Vorlage zugestimmt, die nicht unseren Beifall fand. Es war uns aber unmöglich, das Gleichgewicht des Etats dadurch herbeizuführen, daß wir den Preis für Gas von 1,35 Mark auf 1,50 Mark und für Elektrizität von 2,50 auf 3,— Mark heraufschraubten. Diese ungemein starke Belastung, die insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen mit der ungeheuren Teuerung und Arbeitslosigkeit völlig ausgesogen ist, trifft, konnten wir nicht mitmachen, da recht bald durch eine erneute Erhöhung der Kohlenpreise und der Reichskohlensteuer mit einer weiteren Preiserhöhung dieser für den täglichen Bedarf so wichtigen Gebrauchsartikel gerechnet werden muß.

Wir müssen verlangen, daß die durch den Krieg so arg verschuldeten Gemeinden von Reich und Staat unterstützt werden, da sie den Gemeinden den einzig möglichen Weg einer Besteuerung nach dem Einkommen genommen haben. Wir müssen von der Gemeinde verlangen, daß sie, solange andere Möglichkeiten nicht bestehen, die indirekten Steuern vom Reichtum und Luxus erhebt. Bei jedem Wettrennen werden ungeheure Summen umgesetzt, herrliche Segeljachten durchkreuzen unsere Gewässer, Unsummen sind für Luxusartikel, teure Gemälde und Schmucksachen angelegt, um die Vermögen der Versteuerung zu entziehen, keine Hand findet sich, um hier zuzugreifen. Ein Eingreifen an diesen Stellen, die das „Durchhalten" so gut verstanden, die zu einer Zeit, als die breiten Schichten der Bevölkerung völlig verarmten, ungeheure Reichtümer erwarben und ein Schlemmerleben führen, scheint weder bei Reich, noch Staat oder Gemeinden beliebt zu werden.

Wir haben weiter gefordert, daß die Reichseinkommen-, Umsatz- und Gemeindezuwachssteuer mit höheren Beträgen in den Etat eingestellt werden. Durch die späte und noch heute nicht durchgeführte Veranlagung gehen viele Millionen verloren. Nur die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen jeden Pfennig von ihrem Einkommen versteuern.

Die 75 Millionen, die durch die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität aus der Groß-Berliner Bevölkerung herausgeholt werden sollen, belasten die Parteien, die sich dafür eingesetzt haben, ungeheuer. Sie sind sich auch dessen bewußt; daher die krampfhaften Versuche, uns vor ihren Wagen zu spannen, daher der Pressefeldzug gegen uns. Selbst die Drohung, dann ebenfalls den Etat abzulehnen, konnte die Fraktion nicht veranlassen, von einer rein sachlichen Prüfung in dieser verantwortungsvollen Frage abzusehen, sie hat sich für die Ablehnung entschieden, weil sie die Art der Lastenverteilung nicht gutheißen konnte. Das Urteil darüber überlassen wir der Berliner Bevölkerung, wissend, daß wir ihre Interessen so am besten vertreten haben.

Die Antwort Devaleras

Die Sinnfeiner zur Verständigung bereit

Der Sinnfeinerführer Devalera hat dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George auf dessen Einladung zu einer persönlichen Zusammenkunft geantwortet. In seiner Antwort erklärt Devalera u. a.: Ich berate mich mit so vielen der Hauptvertreter der irischen Nation, wie erreichbar sind. **Wir haben den ernstesten Wunsch, dazu beizutragen, einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern dieser beiden Inseln herbeizuführen,** sehen aber keinen Weg, wie dies erreicht werden kann, wenn Sie Irlands tatsächliche Einheit leugnen und **den Grundsatz der Selbstbestimmung beiseite** setzen. Bevor ich ausführlicher antworte, suche ich eine Konferenz mit bestimmten Vertretern der politischen Minderheit von Irland herbeizuführen.

In einem Schreiben an Craig, dem Führer der Unionisten, dem Vertreter Ulsters, weist Devalera darauf hin, daß die Antwort, die er an Lloyd George senden werde, auch das Leben und Eigentum der politischen Minderheit von Irland in Mitleidenschaft ziehen werde. Deshalb wünsche er, zuerst ihre Ansichten zu hören, und lade sie deshalb **zu einer Zusammenkunft mit ihm im Dubliner Rathause am 4. Juli morgens ein.**

Die Minderheit sind die Ulsterleute, die in den nördlichen Provinzen Irlands die unbeschränkte Herrschaft haben. Der größere Teil des Landes steht völlig unter der Herrschaft der irischen Republik, trotz des andauernden Belagerungszustandes, der Brandschatzungen und Hinrichtungen durch die britischen Streitkräfte. Die Gewaltpolitik der englischen Regierung in Irland beginnt mit der Zeit katastrophal selbst für England zu werden. Der weitaus größte Teil der öffentlichen Meinung in England ist Gegner dieser Politik. Sogar die evangelische Landeskirchen Englands haben in einem Schreiben an Lloyd George diese Politik verurteilt, trotzdem sie sich gegen das katholische Irland richtet. In den Vereinigten Staaten ist die öffentliche Meinung über die englische Irenpolitik so erbittert, daß der amerikanische Admiral Sims, der vor einiger Zeit in London in einer Rede sich abfällig über die irische Selbständigkeit äußerte, von der amerikanischen Regierung zurückberufen wurde und eine öffentliche Rüge erhielt. Bei seiner Ankunft in New York mußte der Admiral durch ein Aufgebot von 1000 Polizisten geschützt werden.

Diese Situation der äußersten gegenseitigen Erbitterung scheint kein günstiges Feld für eine Verständigung zu bieten. Trotzdem ist die Antwort Devaleras als durchaus entgegenkommend zu bezeichnen und die Tatsache, daß er sich sofort mit seinen engeren Gegnern, den Ulsterleuten, in Verbindung setzt, spricht dafür, daß auch ihm und seinem Anhang an der Beilegung des Bürgerkrieges gelegen ist. Voraussetzung dafür wird allerdings die völlige Zurückziehung der englischen Streitkräfte und die Anerkennung der Selbständigkeit Irlands bilden.

Der englische Grubenstreik

London 28. Juni.

Die Beilegung des Streiks der Bergarbeiter findet in der gesamten Abendpresse größte Beachtung. Die Blätter melden, daß die Bergarbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen sollen. **Es fehlt jetzt nur noch die Genehmigung des Parlaments für die Beihilfe von 10 Millionen Pfund Sterling,** die Lloyd George bei den heutigen Verhandlungen den Bergarbeitern erneut angeboten hat. Diese Genehmigung durch das Parlament wird nur als eine Formalität angesehen. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten heute nachmittag, daß **die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde.** An einigen Orten, insbesondere in Schottland, werden Wochen vergehen, bis alle Bergleute wieder an der Arbeit sind.

Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß die Abstimmung über die Frage der Regierungsbeihilfe von 10 Millionen Pfund im Unterhause am Freitag stattfinden soll.

Die Bergarbeiter haben, wie berichtet wird, einer sofortigen **Herabsetzung des augenblicklichen Tagelohnes** um 2 Shilling, einer weiteren Verminderung um 6 Pence im August und weitere 6 Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft.

•

Die am Schluß der Meldung mitgeteilten Bestimmungen über die Lohnherabsetzung sind die gleichen, die am 15. Juni zur Abstimmung standen. Ob der Streik wirklich zu Ende geht, wird sich erst am Montag, an dem Tage, an dem die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen soll, zeigen.

Neues Zuchthausurteil. Von dem außerordentlichen Gericht in Nordhausen wurde gestern der Kommunist Stadtrat Franzke aus Sangerhausen wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Stadtverordnetenwahlen ungültig

Wie der „B. Z." aus städtischen Kreisen mitgeteilt wird, ist die Ungültigkeitserklärung der letzten Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung durch das Oberverwaltungsgericht eine feststehende Tatsache.

Wenn die Zustellung des Urteils an die Parteien auch noch nicht erfolgt ist, so ist doch das Ergebnis der Beratungen des Gerichts bekanntgeworden, nachdem eine Abweisung der Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen ausgeschlossen ist. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird gemeinsam mit seiner Begründung im Juli den Parteien zugehen.

Die erforderlichen Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung werden dann voraussichtlich im September stattfinden.

Schiffer und Jagow

Eine kalte Dusche für die Justiz

Die skandalöse Haltung des „demokratischen" Reichsjustizministers Schiffer, der auch in der gestrigen Reichstagssitzung für den Kapp-Rebellen Jagow eine Attacke ritt, veranlaßt selbst das „Berliner Tageblatt", von Herrn Schiffer weit abzurücken, und die Justizverwaltung auf das schärfste zu brandmarken. Ihre zärtliche Rücksicht auf die Kapprebellen, schreibt es, kenne keine Grenzen.

„Jetzt genügt es bereits, wenn einer einmal irgendwo und irgendwann in seiner Jugend krank gewesen ist, um ihn völlig unbehelligt, das heißt straffrei zu lassen. Diese rührende Rücksicht der Justiz geht sogar so weit, daß selbst dann noch diese Krankheit als Entschuldigungsgrund angeführt wird, wenn der Betreffende (vorausgesetzt, daß er stramm rektionär ist) selbst kategorisch erklärt, völlig gesund zu sein. Wir bedauern es tief, daß der Reichsjustizminister Schiffer mit diesen Argumenten die unterlassene Vollstreckung des Haftbefehls gegen Herrn v. Jagow zu rechtfertigen versucht hat. Das ist eine Auffassung von den Aufgaben der Rechtspflege, die wir nicht zu teilen vermögen, und wir befürchten, daß sie nicht wenig dazu beitragen wird, das ohnehin erschütterte Vertrauen weiter Kreise in die deutsche Strafjustiz noch mehr sinken zu lassen."

Diese Desavouierung des Herrn Schiffer durch das führende Organ seiner eigenen Partei müßte ihn eigentlich veranlassen, seine wenig ruhmvolle Amtstätigkeit einzustellen und aus dem Kabinett zu verschwinden. Wir sind aber nicht so naiv, einen solchen Ausgang zu erwarten. Ein demokratischer Minister schwört zwar auf die Demokratie. Er stellt sich aber taub und blind, wenn es sich darum handelt, den elementarsten Anstandspflichten eines demokratisch regierten Staatswesens Genüge zu leisten.

Escherichs Schwanengesang

Forstrat Escherich, der Organisator und Führer der bayrischen Einwohnerwehren und Begründer der Orgesch, hat sein Ehrenamt als Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehr niedergelegt. In seinem Abschiedswort an die Kreis- und Gauhauptleute heißt es:

„Die Reichsregierung hat die Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns verfügt. Sie trägt vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte die Verantwortung für diesen Schritt, **der durch die Verleumdung eigener Stammesbrüder herbeigeführt, von Fremdeshaß und Vernichtungswillen diktiert ist und einen ungeheuerlichen Eingriff in das deutsche Recht darstellt.** Eine Möglichkeit, eine Aenderung dieser nunmehr gefallenen Entscheidung herbeizuführen, ohne schwerste Erschütterung unseres bayrischen und deutschen Vaterlandes, besteht nicht. Ich habe daher den schwersten Entschluß meines Lebens gefaßt. Es ist mir aber unmöglich, die Hand zur Vernichtung desjenigen zu bieten, was ich in zweijähriger Arbeit zum Wohle Bayerns und Deutschlands aufrichten durfte. So lege ich denn heute mein Ehrenamt als Landeshauptmann der Einwohnerwehren Bayerns in die Hände derer zurück, deren Vertrauen mich auf diesen Posten berufen hat. **Die Form unserer Einwohnerwehr ist zerschlagen, aber ihr Geist lebt und wird weiterleben."**

Der Rücktritt Escherichs ist außerordentlich zu begrüßen und es wäre nur wünschenswert, daß er recht schnell wieder in der Versenkung verschwände, aus der ihn die Reaktion herausgeholt hat. Deutschland hat keinen Mangel an politischen Parvenüs, die durch die nationale Phrase und den Appell an die brutale Gewalt ihre politische Unfähigkeit verbergen. Daß nicht nur die Form, sondern auch der Geist der bayrischen Einwohnerwehren verschwinden wird, dafür wird das deutsche Proletariat Sorge tragen.

Ein Posten für Nichtstuer

Vor einigen Tagen wurde durch die preußische Regierung der Landrat Schellen zum preußischen Gesandten in München ernannt. Im Anschluß daran wurde gemeldet, daß Schellen mit Kapp konspiriert habe und deshalb von seinem Posten entfernt worden sei. Dominicus habe ihn nunmehr die Treppe hinaufpurzeln lassen. Diese Nachricht wird jetzt dementiert, es soll eine Personalverwechslung vorliegen.

So weit, so gut. Es ergibt sich hierbei nur die Frage, was die preußischen Gesandten überhaupt in München, Stuttgart, Dresden oder Hamburg zu suchen haben und umgekehrt die Gesandten aus den Einzelländern in Berlin? Es handelt sich hierbei um Posten, die jährlich insgesamt mehrere Millionen Mark verschlingen. Geleistet wird nichts, ein paar Nichtstuer bekommen lediglich eine fette Pfründe und einen Titel, der zur Teilnahme an irgendwelchen Festlichkeiten berechtigt. Die Republik hat diesen Ueberbleibsel aus dem monarchistischen Staat übernommen. Es wird höchste Zeit, mit dieser Einrichtung aufzuräumen. Unsere Finanzen vertragen diesen kostspieligen Zauber nicht und politisch ist er, wie schon gesagt, völlig überflüssig.

Die fehlenden Milliarden im Reichshaushalt

Der Hauptausschuß des Reichstags behandelte am Dienstag den Nachtragsetat der allgemeinen Finanzverwaltung des Reichs. Nach dem von der Regierung mitgeteilten Ergebnis schließt der gesamte Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 im ordentlichen Haushalt ab mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben **fehlten an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen Mark**, die, soweit sie nicht durch Mehrerträge der Abgaben vom Personen- und Güterverkehr infolge Erhöhung der Eisenbahntarifsätze aufkommen werden, durch Erhöhung der Sätze bestehender Steuern sowie durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. **Im außerordentlichen Haushalt sind 49 180 Millionen Mark ungedeckt.** Für 1921 sind die Fehlbeträge veranschlagt bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 4515 Millionen Mark, für die Reichseisenbahnverwaltung mit 14 368 Millionen Mark. Insgesamt **erfordern also die Post und die Eisenbahnen an Reichszuschüssen zusammen 18 883 Millionen Mark.**

Die Auswirkung des Ultimatums

in haushaltsrechtlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen. Sie bleibt einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten. Im außerordentlichen Haushalt sind für diesen Zweck veranschlagt: Lieferung von lebenden Tieren 3 Milliarden Mark; aus Anlaß der Ablieferung von Schiffen 1,5 Milliarden Mark; Wert der in den Abtretungsgebieten zurückgelassenen Eisenbahnfahrzeuge 1,5 Milliarden Mark; sonstige Reparationen, insbesondere Kohle 8,6 Milliarden Mark; **zusammen 14,6 Milliarden Mark.** Sollen die Reparationsausgaben, wie es für eine geordnete Finanzwirtschaft unbedingt gefordert werden muß, auf den ordentlichen Haushalt übernommen werden, so müßten die ordentlichen Einnahmen um diesen vollen Betrag erhöht werden. Außer in den Haushalt für 1921 eingestellten 4,250 Milliarden Mark aus neuen Steuern usw. wären dann durch ordentliche Einnahmen noch aufzubringen; die feste Annuität in Höhe von 2 Milliarden Gold und die 26 Prozent von der Ausfuhr, die nach der bisher ermittelten Ausfuhrziffer von 1920 mit etwa 1,3 Milliarden Gold anzunehmen wäre, im ganzen also **3,3 Milliarden Goldmark**, die je nach dem Kursstande der Mark in Papiermark umzurechnen sind. Hierzu treten schließlich noch die **Besatzungskosten**, deren Höhe noch nicht endgültig feststeht. Für 1921 sind sie auf rund **8,5 Milliarden Mark** veranschlagt.

Die **Reichsschuld** betrug am 30. September 1920 insgesamt 85 899 Millionen Mark. Sie hat sich in der Zeit vom 30. September 1920 bis 31. Mai 1921 durch Rückübernahme von Schuldverschreibungen für Bezahlung von Steuern (Kriegsabgabe und Reichsnotopfer) und beim Verkauf von Heeresgut um 7554 Millionen Mark verringert. Mithin betrug die fundierte Schuld am 31. Mai 1921 78 345 Millionen Mark.

Die **schwebenden Schulden** (diskontierte Schatzanweisungen, Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln, Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln) beliefen sich am 31. Mai 1921 auf 199 134 Millionen Mark. Hierzu treten an sonstigen Zahlungsverpflichtungen des Reiches 44 955 Millionen Mark. Anleihebewilligungen standen am 31. Mai 1921 noch offen 8017 Millionen Mark, durch einen Nachtragshaushalt 1921 werden an neuen Anleihebewilligungen noch gefordert 16 070 Millionen Mark. Hierzu tritt schließlich noch die Reparationsschuld des Reiches, im Ultimatum festgesetzt auf 132 000 Millionen Mark.

Moskau für Hölz

Der Kommunistische Kongreß in Moskau erläßt einen neuen Aufruf an das deutsche Proletariat. Diesmal für Max Hölz. Die Aktion von Max Hölz war zwar „nicht zweckmäßig", da nur der Massenaufstand geeignet sei, den Sieg des Proletariats sicherzustellen. Aber dennoch verteidigt der Moskauer Kongreß die „Aktion" des Hölz und trägt dem deutschen Proletariat auf, ihn zu verteidigen in der Hoffnung, daß er in den Reihen der kommunistischen Partei für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft kämpfen werde.

Es wundert uns nicht, daß die Kommunistische Internationale sich auf das Niveau des Hölz zurückentwickelt hat. Jede Bewegung hat ihre innere Logik, und der Verwesungsprozeß der kommunistischen „Weltpartei" bringt es mit sich, daß sie sich in ihrer Taktik mehr und mehr den Methoden eines scheinrevolutionären Brigantentums nähert, das mit der revolutionären Massenbewegung nichts mehr gemein hat. Hervorgehoben muß indes noch werden, daß auch der Kongreß der Kommunistischen Internationale an jener raffinierten jesuitischen Moral festhält, die aus taktischen Gründen (weil die Sache schief ging) eine Aktion verurteilt, gleichzeitig aber den Urheber dieser Aktion als Märtyrer preist. Diese Methode ist ebenso unehrlich wie verantwortungslos. Sie hemmt den geistigen Klärungsprozeß im Proletariat, schafft Raum für jedes Abenteurertum, das das Proletariat als Kanonenfutter zu mißbrauchen sucht, und zeigt vor allen Dingen, daß die kommunistische Führerclique sich den Teufel drum kümmert, daß durch solche verbrecherische Aktion tausende Arbeiterleben nutzlos zum Opfer gebracht werden.

Der kommunistische Maulkorb

In ihrem Kampf gegen jede abweichende Meinung innerhalb der Partei hat die Zentrale der V. K. P. D. nun zu einem Mittel gegriffen, das die echt russischen terroristischen Methoden der Parteidiktatoren mit aller Deutlichkeit hervortreten läßt. Die Zentrale der V. K. P. D. veröffentlicht in der „Roten Fahne" eine Erklärung, die sich gegen die Mitarbeit der Parteimitglieder in der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift „Sowjet" (jetzt „Unter Weg") richtet. Unter Berufung auf die 21 Moskauer Punkte, die der Zentrale das Recht der Kontrolle aller Parteiorgane und Schriften einräumt, verbietet sie den Parteigenossen, an der Zeitschrift Paul Levis mitzuarbeiten. Der oppositionellen Gruppe innerhalb der Partei soll auf diese Weise jede Möglichkeit genommen werden, an der verhängnisvollen Politik der Zentrale Kritik zu üben. Die Mitgliedschaften dürfen nur das lesen, was eine hochweise Obrigkeit ihnen vorzusetzen für ratsam hält. Die Ludendorfferei in neuer Auflage.

Das amerikanische Heer. Der Senat stimmte dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf zu, nach dem die Stärke des Heeres vom 1. Oktober d. J. ab nur noch 150 000 Mann betragen soll. Bis zu dem genannten Tage sind demnach 50 000 Mann zu entlassen.

Die Gewissensbedenken des Herrn Kultusministers

„Dieweil es weder sicher noch geraten ist, etwas wider das Gewissen zu tun." M. Luther.

Der Volksbildungsminister (so heißt er neuerdings) Herr Becker warnt in einem Erlaß vor der Errichtung weltlicher Schulen. Der ganze Erlaß läuft auf die alte Regierungsweisheit hinaus: vertagen und hinausschieben, und damit verhindern, was man nicht offen verhindern und verdammen will. Es wäre kein Wort darüber zu sagen — wenn nicht die Schlußwendung wäre — sie enthüllt (natürlich unbeabsichtigt) die ganze jesuitische Gesinnung, die in diesem Ministerium herrscht.

Der Minister will die Eltern über die verderblichen Wirkungen des Schulstreiks „aufklären" lassen, „weil er sich nur schwer entschließen könnte, mit Schulstrafen gegen Eltern vorzugehen, die ihre Kinder aus Gewissensbedenken vom Unterricht fernhalten."

Mit diesem Satz verrät der Minister, daß er weiß, worum es geht. Er weiß, wie die Schulstreiks entstehen. Er weiß, daß Gewissensbedenken, Gewissensnöte die Eltern dazu treiben, ihre Kinder von den Schulen fernzuhalten, in denen die Kleinen Dinge lernen, die ihre eigenen Eltern für falsch und unwahr und verderblich halten. Er weiß, daß er selbst es ist und seine Geheimräte, die die Wünsche und Bitten der Eltern um Aenderung der Schulen nicht erhört haben, daß die Behörden es sind, die durch ihre verderbliche Taubheit und Untätigkeit die Schulstreiks heraufbeschworen haben. Er weiß, daß diese Schulstreiks das letzte verzweifelte Mittel der Eltern ist, die (er sagt es ja selbst) Gewissensbedenken haben, deren Gewissen bedrückt und in Not ist durch den Zwang der Konfessionsschule, in die sie ihre Kinder schicken sollen. Und was tut er? Was tut der Minister, um diesen bedrückten Gewissen zu helfen? Veranlaßt er Notmaßnahmen? Setzt er seine ganze Macht dafür ein, daß etwas geschieht, die Gewissensbedenken der Eltern zu lindern? Er — „wird sich nur schwer entschließen, mit Schulstrafen vorzugehen." Das heißt: er wird sich aber doch entschließen. Das heißt: er droht. Er weiß ein Mittel gegen Gewissensbedenken: Schulstrafen.

Das ist gewiß der richtige Mann für einen „Volksbildungsminister", der gegen Gewissensbedenken mit Strafen vorgeht. Das ist die ewige, verbriefte, unabänderliche Haltung aller Gerechten, aller Satten, aller Mächtigen gegen hungernde, suchende, fordernde Gewissen: „Sie entschließen sich nur schwer, mit Strafen vorzugehen." Kaiphas entschloß sich schwer, gegen den Schwärmer von Nazareth, der Hohe Rat, gegen den revolutionären Tempelstürmer Stephanus. Der feine und gelehrte Plinius hatte sogar einen Briefwechsel mit Seiner kaiserlich römischen Majestät wegen der Gewissensbedenken aufrührerischer Proletarier. Und Seine Majestät Karolus der Fünfte war zweifellos sehr peinlich berührt, als der Mönch Luther trotz alles Zuredens „nicht anders" konnte und es „weder sicher noch geraten" fand, gegen seine Gewissensbedenken zu handeln. Sie alle entschlossen sich schwer, aber sie entschlossen sich schließlich doch, etwas „wider das (fremde) Gewissen zu tun". Und sie stehen alle in der Geschichte als die Gestrigen, Ueberwundenen, als die Gerichteten.

Die Beispiele sind zu hoch gegriffen? Es handelt sich hier nicht um Aechtung und Tod, sondern nur um Geldstrafen? Meine Lieben, es kommt nicht auf die Höhe der Strafe an, sondern auf den Geist, der sie diktiert. Und wer unsere Arbeiterfrauen hat weinen sehen, weil sie sich dagegen sträubten, trotz ihres Kampfes, trotz ihrer Mühe und Arbeit (und sie haben gearbeitet, die Kinder in den Streikwochen zusammenzuhalten zu unterrichten, zu betreuen) trotz alledem ihre Kinder wieder in eine feindliche Umgebung, unter feindlichen, mißwollenden Einfluß zu senden; wer das gesehen hat, der ist nicht geneigt, das, was sich jetzt ereignet, leicht zu nehmen. Ja, der ministerielle Erlaß hat recht: es sind Gewissen in Bedenken und in Not. Die zwingt man nicht mit ministeriellen Drohungen und mit Polizeistrafen. Die zwingt niemand und am wenigsten die halben, zaghaften und kalten Herzen, die höflich vom Gewissen reden und nichts davon verstehen, weil sie nie an sich selber erlebten, was für eine gewaltige Lebenskraft ein Gewissen in Not ist.

Friedrich Mark.

Die hundert Augenblicke

Erlauben Sie — wer ist Marx?

Diese Frage richtete einmal der Schriftsteller Kuranda an den Dichter Freiligrath. Es war im Jahre 1845. Der junge Marx hatte nach der Unterdrückung der „Rheinischen Zeitung" Deutschland verlassen müssen und war auf seinen Flüchtlingszügen nach Brüssel gekommen. Freiligrath, der auch nach Brüssel geflohen war, sprach nun bei Marxens Ankunft zu Kuranda ein paar Worte über die Ausweisung des Redakteurs der „Rheinischen Zeitung".

Und da fragte Kuranda: „Erlauben Sie — wer ist Marx?" Die Frage war gut gemeint. Es mußte Anno 1845 nicht jeder wissen, wer Marx war, und wenige konnten ahnen, was aus dem jungen Manne noch werden sollte. Aber gerade darum steckt ein weltgeschichtlicher Humor in dieser Frage. Der Mann, **dessen Wille und Gedankenkraft bestimmend wirken sollten auf** den ganzen Befreiungskampf der Arbeiterschaft, ist gerade in dem Augenblick, da die herrschenden Mächte seine Bedeutung erkennen, dem Herrn Doktor Kuranda in Brüssel nicht bekannt. Er muß sich erkundigen, was für ein Mensch in diesem Karl Marx steckt. Hat er ein Buch geschrieben? Kann er was? Was will er eigentlich?

„Erlauben Sie, wer ist Marx?" Ein tieferer Geist hebt seine Stimme aus dieser kleinen Geschichte, die in den jüngst erschienenen literarischen Geheimberichten aus dem Vormärz nachzulesen ist. Sie birgt das Gleichnis vom Zeitverständnis, vom tagwachen Hirn. Große Bewegungen zucken durch die Zeiten. Weltumformende Ideen wachsen in die Tage. Männer treten auf, die Großes im Sinne haben und darangehen, die Zukunft zu gestalten. Aber tausende Kurandas leben unter uns, treten auf uns zu und fragen höflich: Erlauben Sie, was bedeutet die Gegenwart?

Die Arbeiterkinder sind nicht so sauber wie die Hunde.

Im Londoner Westen haben die Vornehmen dieser Gegend ein neues Klubhaus bauen lassen. Die Architekten wurden vor eine neue Aufgabe gestellt; sie waren beauftragt, einen Gesellschaftsraum für — Hunde dem Palast einzufügen.

Nun glänzt der Saal der Hunde; mit feinen Stoffen bekleidet, kostbar geschmückt, kommen sie nun auch zu Gastereien zusammen und werden, ihren Herren gleich, von Kellnern und Wärterinnen bedient.

Ein Londoner Blatt, der „Daily Citizen", hatte den Einfall, gegen diese Vorzüge etwas einzuwenden und das Leben der feinen Hunde mit dem dunklen Leben der Arbeiterjugend in Vergleich zu ziehen. Aber diese Anmaßung blieb dem Blatte nicht geschenkt. Herr Matthew, eines der Klubmitglieder, setzte sich hin und schrieb dem Chefredakteur:

Mein Herr! Schade, daß Sie und andere Schwätzer Ihres Kalibers sich nicht um die eigenen Angelegenheiten kümmern, anstatt jene zu verurteilen, die ihre Hunde aus Dank für ihre Zuneigung freundlich behandeln. Sie brauchen doch nichts für den „Hundeklub" zu zahlen, warum suchen Sie sich also keinen anderen Gegenstand, über den Sie schwatzen und toben können?

Und da Ihnen an den schmutzigen Arbeiterkindern (slum kids) so viel gelegen ist, so nehmen Sie doch ein oder zwei Dutzend in Ihr Haus und sehen Sie zu, wie sie Ihnen gefallen! Ich würde Ihnen aber raten, sie erst ordentlich reinigen zu lassen, da sie von Natur aus nicht so hübsch und sauber sind wie Hunde.

Hoffentlich versteht das aber auch dieses Londoner Blatt. Regt sich über das Wohlleben der reichen Hunde auf und hat doch nichts dafür zu zahlen! Es ist nicht einzusehen, was das Blatt eigentlich will. **Mit seinem eigenen Geld kann jeder machen, was er**

Die Schlichtungsordnung

Bei der Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung im sozialistischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde der Regierungsentwurf in einem wichtigen Punkte erweitert. Es wurde folgender Antrag angenommen:

„Ein Schiedsspruch kann nur dann für verbindlich erklärt werden, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Spruchkammer ihn fällt, und wenn auf seiten der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer mindestens die Hälfte der Beisitzer zustimmt. Da die Schiedsspruchkammer aus neun Mitgliedern (und zwar aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je vier Beisitzern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) bestehen muß, kann die Verbindlichkeit nur dann ausgesprochen werden, wenn außer dem Vorsitzenden **mindestens drei Beisitzer einer der beiden Parteien** für sie eintreten.

Damit soll verhütet werden, daß Schiedssprüche Verbindlichkeit erlangen, ohne daß Aussicht auf die Annahme der Sprüche durch die Parteien besteht.

Eine absolute Garantie dafür besteht auch damit nicht, denn wenn selbst die Mehrheit einer der Parteien in der Spruchkammer für den Schiedsspruch stimmen, so ist damit nicht gesagt, daß die Mitglieder der am Streik beteiligten Verbände mit dem Spruch einverstanden sind.

Ob diese neue Bestimmung des Gesetzes für die Arbeiter schädlich oder nützlich ist, hängt von ihrer Handhabung ab. Wenn das vorgeschriebene Stimmenverhältnis in der Schiedskammer vorhanden war, dann kann — nicht muß — ein Spruch für verbindlich erklärt werden. Die für die Verbindlicherklärung zuständige Stelle kann also z. B. alle Sprüche für verbindlich erklären, die eine Mehrheit der Unternehmerbeisitzer gefunden haben, und kann die Verbindlichkeit aller Sprüche ablehnen, für die eine Mehrheit der Arbeiterbeisitzer gestimmt hat. Das bleibt abzuwarten. Die Verbindlichkeitserklärung kann zwar den Arbeitern sehr nützlich sein, ist aber stets eine zweischneidige Waffe. Wie auch die Bestimmungen lauten mögen, es kommt alles auf die Anwendung an.

Diese Angelegenheiten sind auch von untergeordneter Bedeutung, solange es sich um die Frage der Annahme oder Ablehnung des § 55 handelt, die wir in unserem Artikel in der Dienstagausgabe behandelt haben. Der „Vorwärts" berichtet heute ganz kurz über die Beschlüsse des sozialistischen Ausschusses, erwähnt aber die Annahme des § 55 nicht.

Will sich das Blatt seine Stellungnahme dazu noch vorbehalten?

Das Erwachen der russischen Bevölkerung

OE. Petersburg, 25. Juni.

Der Petersburger Korrespondent des Ost-Expreß entwirft folgende Schilderung der gegenwärtigen Lage in Rußland und der Wirkungen, die die neue Sowjetpolitik auf die Bevölkerung ausgeübt hat:

Die Beendigung des Bürgerkrieges macht sich in der allgemeinen Lage deutlich bemerkbar. Die Sowjetregierung macht Zugeständnisse, die Bevölkerung beginnt wieder Boden unter den Füßen zu fühlen, und glaubt nun daran, daß die Aenderungen möglich seien. Sehr interessant ist es jetzt zu beobachten, wie das politische Selbstbewußtsein der Bevölkerung allmählich erwacht. Das Weitere hängt nicht so sehr von diesen oder jenen Ereignissen ab, wie bedeutungsvoll sie immer sein mögen, sondern von jenen neuen Stimmungen, jener Selbstorganisation verschiedener Gruppen, und hauptsächlich der Arbeiter, die in letzter Zeit so intensiv eingesetzt hat. Natürlich bildet der Lebensmittelmangel ein empfindliches Hindernis, und dennoch zeitigt das Bewußtsein, daß „Aenderungen" möglich, daß „die Zeit des Experimentierens" abgeschlossen sei, neue Stimmungen. Wenn man auch den Bolschewisten selbst kein Vertrauen schenkt, so herrscht doch die Zuversicht, daß auch die Bolschewisten ihre früheren Kampfziele aufzugeben vermögen.

Augenblicklich gilt die ganze Aufmerksamkeit der Beseitigung der in letzter Zeit beobachteten Zersplitterung des Petersburger Proletariats. Dabei geht dieser Prozeß der Sammlung außerhalb der kommunistischen Partei vor sich, innerhalb der Gewerkschaften und teils unter dem Einfluß solcher Parteimänner, sogar aus der Reihe der Kommunisten, welche in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt waren. Zu solchen Männern gehört u. a. Rjasanesch. Jedenfalls vollzieht sich dieser neue Prozeß sehr langsam, wie überhaupt alles in Rußland, er hat jedoch bereits begonnen.

Neue Strömungen machen sich auch bei der ehemaligen Intelligenz geltend. Die Bauernschaft verharrt vorläufig noch in ihrer alten Feindseligkeit gegenüber der Stadt, und es läßt sich zurzeit noch nichts Sicheres über die Stimmung der Bauern sagen. Die Regierung selbst ist großen Schwankungen ausgesetzt. Eines ist gewiß: das Erwachen der Bevölkerung hat bereits begonnen. Es wird immer deutlicher, daß dieses Erwachen nicht die Form eines Aufstandes annehmen wird, sondern eines langandauernden Revolutionsprozesses.

Aus der Weltwirtschaft

Sklaven des Goldes

Der amtliche Finanzbericht der Vereinigten Staaten teilt mit: „Die riesige Akkumulation unseres Goldbestandes hat sich seit dem ersten April um mehr als 60 Millionen Dollars, seit Anfang dieses Jahres um mehr als 200 Millionen Dollars vermehrt. Der ständige enorme Zufluß an Gold verursacht manche Schwierigkeiten in der Bankwelt. Bis jetzt sind diese zusätzlichen Goldmengen in das zentrale Geldinstitut (Federal Reserve Board) abgeliefert worden, und wurden nicht als Grundlage zur Erweiterung des Kredites verwendet. Solange Amerika keine entsprechenden Kredite für das Ausland gewährt, oder aber, solange die amerikanische Ausfuhr sich nicht sehr bedeutend vermindert, wird das Einströmen des Goldes andauern." Man muß fragen, wozu dient denn der angehäufte Goldschatz? Man benutzt ihn nicht, um die Kredite zu erweitern, und stürzt so die amerikanische Landwirtschaft und Industrie immer mehr in die Krise hinein. Eine Verminderung der Warenausfuhr, wie oben angedeutet, würde dem Einströmen des Goldes Einhalt gebieten, hätte aber keinen wirtschaftlichen Sinn; aus allen Gründen der Produktion und des Verbrauchs müßte das Gegenteil angestrebt werden. Ausländische Kredite werden nicht in großem Umfang gewährt, das Ausland muß also Goldzahlungen leisten, somit kann es Rohstoffe nicht in genügender Menge aufnehmen, und seine eigene Valuta wird infolge des Goldabflusses verschlechtert. Demgegenüber kann man in Amerika mit dem eingeströmten Gold, wie oben behauptet wird, nichts anfangen. So wird das Gold zum toten Besitz, zum Moloch, dem die Sklaven Opfer bringen, und das Opfer ist — der Wohlstand der Bevölkerung hüben und drüben.

Der Kupferkönig

Während der Stahlkönig, Mr. Schwab, wegen der deutschen Konkurrenz schlaflose Nächte hat, ist sein Kollege auf dem Thron, der Kupferkönig Mr. Guggenheim, dem „Temps" zufolge, in optimistischer Stimmung. Er meint, daß die schlimmsten Zeiten für den Kupfermarkt schon vorüber wären. Es herrscht keine Ueberproduktion in Kupfer mehr, die Erzeugung ist mit der Nachfrage in Einklang gebracht worden, die Preise dürften wieder in die Höhe gehen. Und dann weiter: „Da die Nachfrage mit dem Fortschritt der Industrie steigen dürfte, und da in den letzten fünf Jahren keine neuen Kupferminen entdeckt wurden, so haben wir allen Grund, optimistisch zu sein." Der Kupferkönig spricht dem Kapitalismus aus dem Herzen, wo es nie darauf ankommt, durch Erschließung neuer Produktionsquellen den Volksreichtum zu vermehren, sondern durch Monopolstellung von beschränkt vorhandenen Naturschätzen Profit zu erzielen.

Die Handelsschiffahrt der Vereinigten Staaten

Die großen Exportüberschüsse der Vereinigten Staaten stellen eine günstige Zahlungsbilanz für dieselben her. Dies ist aber bei weitem nicht alles. Es müssen noch die Einkünfte aus den ausländischen Kapitalanlagen und aus der Handelsschiffahrt hinzugerechnet werden, um ein Bild von der tatsächlichen Zahlungsbilanz zu gewinnen. Bezüglich der letzteren publiziert das amtliche Federal Reserve Bulletin einen lehrreichen Aufsatz, in welchem der Versuch gemacht wird, dieses Einkommen annäherungsweise festzustellen. In Ermangelung einer entsprechenden Statistik ist dies nur schätzungsweise möglich; die Statistik zeigt die Werte der in- und ausgeführten Waren und man kann Ziffern feststellen, die das Verhältnis der Frachtraten zum Werte der transportierten Waren darstellen. Aus dem Frachteinkommen amerikanischer Schiffe von den ins Ausland exportierten Waren sind die Ausgaben an die ausländische Schiffahrt für die nach Amerika eingeführten Waren in Abzug zu bringen, um den entsprechenden Posten in der Zahlungsbilanz festzusetzen.

Es ist nicht überraschend, daß auch hier zugunsten Amerikas sich ein sehr bedeutender Ueberschuß herausstellt. Während die Handelsflotte der Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten in einer ständigen Abnahme begriffen war, hat sich der Schiffsbau während des Krieges und seitdem in nie geglaubtem Maße entwickelt. Die Vereinigten Staaten verfügen zur Zeit über fast 6000 für Auslandsschiffahrt geeignete Handelsschiffe mit einem Tonnengehalt von zehn Millionen gegenüber nur 2360 Schiffen mit einer Million Tonengehalt im Jahre 1914, also eine zehnfache Steigerung des Tonnengehalts. Während die Vereinigten Staaten vor dem Kriege der englischen Schiffahrt tributpflichtig waren, und somit in ihre Zahlungsbilanz ein passives Saldo für die Frachtausgaben eingestellt werden mußte, hat sich die Lage jetzt vollständig verschoben. Im Jahre 1914 hat die amerikanische Schiffahrt lediglich 8,3 Prozent der Ausfuhr bestritten, im Jahre 1920 dagegen 45,1 Prozent; in der Abwicklung der Einfuhr nach amerikanischen Häfen 39 Prozent gegen nur 11,4 Prozent im Jahre 1914. Da aber die Ausfuhr bedeutend größer ist als die Einfuhr, ergibt sich ein großer Ueberschuß aus den Frachtsätzen. Dieser wird für das Jahr 1919 auf 200—250 Millionen Dollars geschätzt, für das Jahr 1920 dürfte er die Ziffer von 600 Millionen Dollars erreichen. Dies fällt um so mehr in die Wagschale, als die Frachtsätze in diesem Jahre rapide gesunken sind. So ist z. B. der Frachtsatz für Mehl von New York nach Genua im Vergleich zum Jahre 1918 auf den zehnten Teil gesunken, für Baumwolle auf ein Neuntel (Indexziffern 1918 gleich 100, Dezember 1920 für Mehl gleich 9,8, für Baumwolle 11,7).

Es wären noch die Frachteinkünfte amerikanischer Handelsschiffe, welche im Warenverkehr außerhalb der Vereinigten Staaten erzielt und insofern sie nicht in diesen fremden Ländern verbraucht werden, hinzuzurechnen; hierfür läßt sich ein bestimmter Betrag nicht feststellen.

Der hier geschilderte Vorsprung der amerikanischen Schiffahrt geschieht auf Kosten Englands, das bisher als Frachtführer der Welt gegolten hat. Obwohl die lange bestehende englische Handelsflotte bereits größtenteils amortisiert ist und das auf Nahrungsmitteleinfuhr angewiesene England seine Schiffe eigentlich besser verwerten könnte, da sie eben mit Rückladung ins Mutterland zurückzukehren vermögen, — beklagt die englische Wirtschaftspresse, daß die englische Handelsschiffahrt tagtäglich an Boden verliert. Im wirtschaftlichen Wettbewerb dieser beiden Staaten ist der hier behandelte Punkt von besonderer Wichtigkeit.

Verbandstag der Textilarbeiter

Breslau, 27. Juni.

In Breslau trat am Montag vormittag der 14. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes zusammen. Von den ausländischen Gästen erschienen Hübner-Wien, Täuber und Polack aus der Tschechoslowakei und Liersen aus Kopenhagen. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen referierte Hübsch über den

allgemeinen Bericht.

Er führte aus: Trotz aller Anstürme gegen die angewandte Gewerkschaftstaktik hätten sich die alten Methoden doch bewährt. Die letzten zwei Jahre seien erträglich gewesen. Ohne größere ernstliche Kämpfe sind wesentliche Lohnverbesserungen erzielt worden. Das verflossene Jahr habe sich aber wieder wesentlich verschlechtert. Deshalb kamen Vorstand und Beirat in die Notlage, auf eigene Faust die Erhöhung der Beiträge und der Streikunterstützung — letztere bis zur Höchstsumme von 12 M. täglich — vornehmen zu müssen. Die Agitation habe gute Erfolge gehabt. Von 154 000 Mitgliedern im Jahre 1918 ist der Verband auf 554 000 Mitglieder am 1. April 1921 angewachsen. Redner führt aus, daß bei der letzten Vorstandswahl weniger die tüchtigen Fachleute den Ausschlag gaben, sondern die politische Zugehörigkeit zur U. S. P. Er erklärt weiter, daß es sich bei einer solchen Wahl nicht um eine Partei handle, sondern um die Bestellung eines Gewerkschaftsvorstandes. Ein eigener Verbandsrevisor, der angestellt wurde, habe sich sehr bewährt und die Kosten für dieses Amt kämen dauerd zehnmal heraus.

Jäckel, der in das sächsische Arbeitsministerium eingetreten sei, ist vom Verband nur beurlaubt worden. Als sein Vertreter wurde Feinhals bestimmt. Dem oft geäußerten Wunsch nach Errichtung einer

Unfallversicherung für die Unterkassierer

ist nun entsprochen worden. Hübsch wendet sich gegen den Antrag, das Verbandsorgan, den „Textilarbeiter", der Vorwärts-Druckerei abzunehmen und sie der Druckerei der „Freiheit" zu überweisen.

Der Beirat beschäftigte sich mit der Frage der 46-Stunden-Woche und erklärte zur Arbeitsgemeinschaft, daß er diese als reine Tarifgemeinschaft betrachte, und diese könne man nicht ohne Schaden ablehnen. Er wendet sich auch gegen die kommunistische Rätezentrale in Berlin und teilt mit, daß für die Ausbildung der Funktionäre zwei Hochschulkurse in Dresden mit 43 Teilnehmern stattfanden. Zwei von diesen seien jetzt nach der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. gesandt worden. Die Frage der Verschmelzung mit den Bekleidungsarbeitern und Hutmachern sei noch nicht spruchreif.

Rödel berichtet über die Informationsstelle. Sparsamkeitshalber erscheinen die Berichte jetzt gedruckt und werden außerhalb des Verbandes nur noch an Behörden abgegeben. In demselben werden auch besonders brennende Fragen, wie Valutastand und Preisbewegung der Textilprodukte, sowie über die Rentabilität der Betriebe erörtert. Redner wendet sich gegen die Herausgabe eines wissenschaftlichen Fachblattes, das in der Resolution 41 gefordert wurde. Die Arbeit, die dann zu leisten wäre, sei dann nicht mehr zu bewältigen.

Die Rechtsschutzstelle ist der Informationsstelle angegliedert worden. Zur Zeit schweben 80 Prozesse in den verschiedensten Instanzen. Durch zu späte Inanspruchnahme der Rechtsschutzstelle seitens der Mitglieder ist schon vieles verdorben worden. Etwa 80 Prozent der Prozesse wurden zugunsten der Mitglieder entschieden. Niemals aber sind der Rechtsschutzstelle die Auslagen zurückerstattet worden. Der Redner berichtet auch über die erfolgreiche Tätigkeit der Stelle, die gegen das Schiebertum vorging, die mit der Ausfuhr alter Maschinen das Wirtschaftsleben gefährdeten. Bezüglich der Reichswirtschaftsstellen zeigte er die Schwierigkeiten auf, welche man bei der paritätischen Besetzung dieser Stellen macht. Diese Aemter müßten nur richtig ausgenutzt werden, dann brächten sie Vorteile für die Arbeiterschaft. Ueberhaupt müsse der

Wille zur Macht gesteigert

werden. Redner gibt weiter noch Mitteilungen über die nächste internationale Konferenz, die im Herbst in Paris stattfinden solle. Falls der Verband daran teilnehme, kommt eine Entsendung von 26 Vertretern in Frage.

Feinhals referiert über Tarif- und Lohnbewegungen. Er wendet sich ebenfalls gegen die Anträge auf Aufhebung der Arbeitsgemeinschaften, ebenso gegen den Antrag, daß Ortsvereine allein über Streiks beschließen dürften. Er empfiehlt Bezirkstarife, da der Abschluß eines Reichstarifs sehr schwer fällt. Der Wunsch der Unternehmer, die durchgeführte 46-Stunden-Woche den Arbeitern wieder zu entreißen, erfährt Unterstützung seitens der christlichen Textilarbeiter, die sich als ganz unzuverlässig erweisen.

Mindestlöhne sind allgemein durchgesetzt.

Die Einführung des Zwei- oder Dreistuhlsystems sei seinerzeit von der Genehmigung der Organisation abhängig gemacht worden. Diese Abmachungen werden aber nicht immer eingehalten. Seit 1920 leisten die Unternehmer bei den Tarifverhandlungen starken Widerstand. Der Verband habe in den letzten zwei Jahren nur in einem einzigen Falle die Genehmigung zum Streik versagt. In einigen anderen Fällen mahnte er zur Vorsicht, denn man könne nur dort streiken, wo Aussicht auf Erfolg bestehe. Das jetzige Statut sei unübersichtlich in den Bestimmungen über Streiks. Redner kommt auf die traurigen Lohnverhältnisse der Textilarbeiter in Baden zu sprechen, die bis zu 3 Mark weniger Stundenlohn hätten als anderswo. Eine seit Frühjahr andauernde Lohnbewegung ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Die letzten zwei Jahre hätten große Erfolge für den Textilarbeiterverband gebracht, und der Redner erklärt, ein Lohnabbau sei kaum zu befürchten, so lange die Kosten der Lebenshaltung weiter steigen.

Damit schließt die erste Tagung.

---

mag. Der Vergleich der lieben Hündchen mit Arbeiterkindern ist geschmacklos. Die Hunde sind von Natur aus hübscher und sauberer als die Arbeiterkinder. Das ist zu bekannt, als daß es irgendwer bestreiten könnte. Lassen wir uns also nur nicht beirren! Die schmutzigen Arbeiterkinder gehen uns nichts an; nehme sie ins Haus, wer will. Die Paläste den Hunden!

Josef Luitpold.

Wien.

Aubrey Beardsley beschlagnahmt. Auf Grund einer anonymen Denunziation beschlagnahmte der Staatsanwalt das bei Paul Steegemann in Hannover als Privatdruck für Subskribenten verlegte Werk: Venus und Tannhäuser, eine romantische Novelle von Aubrey Beardsley. Der Eingriff des Staatsanwalts ist um so verwerflicher, als es sich um ein Meisterwerk des großen englischen Künstlers handelt. Der Verlag hat Verwahrung gegen die Beschlagnahmung eingelegt; er hält es für selbstverständliche Pflicht, den entstehenden Prozeß um die Freiheit künstlerischer Aeußerungen bis in die letzte Instanz durchzufechten. Im gleichen Verlag ist eine Broschüre unter dem Titel „Unsittliche Literatur und deutsche Republik" erschienen, die sich mit dem Inhalt von rund 500 Werken älterer und neuer Literatur auseinandersetzt, die in den letzten Monaten von Staatsanwälten bei den großen deutschen Verlagsanstalten beschlagnahmt wurden. Die Schrift fordert den Sturz der neuen Zensur, den Sturz des § 184 überhaupt.

Der älteste Internationalist. Unter dieser Ueberschrift gibt jetzt J. H. Breasted in der Festschrift zur Halbhundertjahrfeier der Universität von Kalifornien die Uebersetzung einiger hymnischer Bruchstücke an den neuen Sonnengott von Tell el-Amarna. Er sieht darin die Absicht des Pharao Ameno his IV.-Ichnatons zur Gründung einer internationalen Religion, die dem damals 2000 Jahre lang herrschenden religiösen Nationalismus ein Ende machen sollte. Und der amerikanische Gelehrte fügt hinzu: Hier gewinnt der erste Internationalismus in religiöser Beziehung Form, im Augenblick, wo ein außergewöhnlicher junger Idealist, kraft seiner kaiserlichen Macht sich bemüht, allen Menschen denselben Gott zu bringen. Er erkennt wohl die Unterschiede der Sprache und Farbe, die sie trennen, und trotzdem erscheint zum ersten Male in der Geschichte der Humanität ein Mann fähig, das Universum mit seinem Blick zu umfassen und von allen Menschen zu fordern, als ihrem Vater und Gott einen einzigen Schöpfer und Herrn zu erkennen. Es sollte wieder 1000 Jahre dauern, bis ähnliche Empfindungen in dem hebräischen Psalter ans Licht traten. Der seltsame junge König scheiterte, so sagt Breasted, weil er nicht erkannte, daß die glänzende Stadt in der Ebene von Amarna nur eine Insel der Seligen sein konnte. Seine Erscheinung ist bekanntlich in jenen köstlichen Bildwerken überliefert, von denen die Berliner Museen dank den deutschen Ausgrabungen in Tell el-Amarna eine Reihe der schönsten besitzen. Sie zeigen einen früh vergreisten, erblich offenbar schwer belasteten, vielleicht schwindsüchtigen Mann, bisweilen in der rührenden Umgebung seiner gleichfalls degenerierten Kinder. Gerade jetzt enthält übrigens die Ausstellung im Lichthof des Neuen Museums die Bildwerke und die sonstigen Funde aus den Grabungen unserer Orient-Gesellschaft.

Zur Förderung der Schulmusik. Die Bedeutung, die der Schulmusik als Grundlage der Musikpflege und der musikalischen Kultur überhaupt zukommt (wir haben uns mit ihr schon wiederholt ausführlich beschäftigt), zeigt sich jetzt in dem großen Zudrang von Bewerbern zu der staatlichen Prüfung für Schulgesanglehrer und -lehrerinnen. Die Zahl der Bewerbungen hat in diesem Jahr 50 überschritten. Um die breite musikalische Grundlage schaffen zu helfen, auf der unsere gesamte Schulmusik aufgebaut werden soll, hat jetzt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in den Prüfungsausschuß neu berufen: Generalintendant Max von Schillings, Siegfried Ochs, Georg Schünemann, M. Ast und Charlotte Pfeffer. Die bisherigen Mitglieder Prof. Hermann Kretzschmar, Carl Thiel, Friedrich E. Koch und Georg Rolle sind in dem neugebildeten Ausschuß weiter tätig.

Der Massenbesuch der Nationalgalerie. Die „offenen Nachmittage" der Nationalgalerie und ihrer neuen Abteilung im Kronprinzenpalais an den eintrittsfreien Tagen bis abends 8 Uhr haben eine starke Vergrößerung der Besucherzahl mit sich gebracht. An diesen Tagen werden jetzt die Sammlungen der Nationalgalerie durchschnittlich von 3000 bis 3500 Personen besucht. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Galerie an den Zahltagen, an denen es 2 bzw. 5 M. kostet, durchschnittlich nur von 250—180 Personen aufgesucht wird. Jedenfalls zeigt der Massenbesuch nachmittags und abends, wie sehr es von Zeit und Geld abhängt, dem Volk die Bildungsstätten zu erschließen. Es braucht nur den materiellen Bedingungen angepaßt zu sein, und gleich zeigt sich ein wahrer Bildungshunger bei den Armen.

Die neue Nummer der „Freien Welt", die der „Freiheit" morgen Donnerstag früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Charles Sealsfield: Die Erzählung des Obersten Morse. — Arno Nadel: Fünfzig Prozent. — Vinder: Entstehung des römischen Kaiserkults. — Vom Radium. — H. Welten: Wettlauf zwischen Mensch und Tier. — Der gesunde Körper.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der A. G. F. D., Bildungsausschuß Treptow-Baumschulenweg: Freitag, 7½ Uhr, Sternwarte, 2. Vorführung von ausgesucht guten Lehrfilmen, u. a.: Wie sich der Tannenbaum in Papier verwandelt. — Steingutfabrikation. — Braunkohlenbergbau. — Milch und Milchverwertung. — Das Leben im Herzen. — Bedeutung der Luft für die Atmung. — Turnen. — Besteigung des Monte Rosa. — Spreewaldfahrt.

Theater. „Volksbühne" (Theater am Bülowplatz). Neuengagements: Dora Gerson-Berlin, Johanna Koch-Bauer-Leipzig, Gabrielle Rotter-Brünn, Leonie Vogel-München, Walter Buhse-Berlin, Kurt Eggers-Kestner-Düsseldorf, Georg August Koch-Leipzig, Hermann Hellwegen-Berlin, Hanns Heussing-Köln a. Rh., Ferdinand Steinhofer-Breslau. — Deutsches Theater: Paul Grätz ist genesen und wird vom 1. Juli ab wieder in „Potasch und Perlmutter" spielen.

Groß-Berlin

Hunde und Gewehr als Heilmittel

Ein Menschenfreund scheint der Verwalter Bork des Gutes Birkholz bei Falkenburg zu sein.

Der Wald des Gutes Birkholz grenzt an den Wald des Genesungsheims Canzigsee. Die Patienten des Genesungsheims, die laut ärztlicher Bescheinigung dringend der Erholung bedürftig sind, machen hier Fußtouren durch die Wälder, und sind auch des öfteren in dem Walde des Gutes Birkholz spazieren gegangen. Am 24. Juni 1921 teilte der Gutsverwalter der Leitung des Genesungsheims mit, daß er jeden Patienten, den er im Walde antreffen werde, durch Hunde aus dem Walde jagt, daß die Fetzen nur so fliegen. Außerdem sagte der Menschenfreund, daß er nach jedem, der nicht auf Anruf steht, schießen werde.

Wer glaubt, daß drei Jahre nach der Revolution die früheren Verbote, durch die Wälder spazieren gehen zu können, vorüber seien, irrt sich, wie aus obigem zu ersehen ist. Die hohen Krautjunker und deren Geldknechte sind heute derselben Auffassung, wie vor dem Kriege, daß am besten die Menschen zu behandeln sind durch Peitsche, Hunde und Jagdgewehr. Die Patienten des Genesungsheims Canzigsee waren aufs äußerste entrüstet über das brutale Auftreten dieses Mannes. Es wäre zu wünschen, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt mit dem Herrn Gutsverwalter ein energisches Wort redet, um zu verhüten, daß ein Erholungsbedürftiger, der sich aus Unkenntnis der Grenze zwischen den Wäldern und der Forst des Gutes Birkholz verlaufen könnte, nach dem Rezept des Herrn Bork vom Diesseits ins Jenseits durch die Jagdflinte befördert wird. Der Patient wäre dann auf einmal erlöst von seinen Leiden und Herrn Bork gebührt dafür das allgemeine Verdienstkreuz.

Prüfungsunfug bei den Versorgungsämtern

Zu dem Artikel „Immer langsam voran", den wir in der vorigen Woche veröffentlichten, wird uns von einem Beamten geschrieben:

„Die Hauptschuld an der langsamen Abfertigung ist dem Reichsarbeitsministerium und den Hauptversorgungsämtern zuzumessen. Eine Flut von Verfügungen ergießt sich über die Angestellten, so daß niemand durchfindet, dazu kommt, daß eine Verfügung die andere aufhebt.

Die mittleren Beamten und Angestellten haben keine Schuld. Die früheren Offiziersstellen sind in Regierungsratsposten umgewandelt, wenige von diesen Herren können diese Posten ausfüllen, für die meisten gibt der Staat sein Geld umsonst aus, im Bureau sind sie selten zu finden.

Das weitere Uebel ist in der famosen Sekretärprüfung zu suchen. Mitte Mai 1921 erließ der Herr Reichsarbeitsminister eine Verfügung, die kurz lautete, wenn ihr Sekretäre von der Gehaltsgruppe VI nach VII wollt, müßt ihr eine Prüfung machen. Da nun die ziemlich schwierige Prüfung schon am 30. Juni 1921 sein soll, so wird von den Sekretären fast kein Dienst getan. Sie bereiten sich für die Prüfung vor, um in die Gruppe, die ihnen eine höhere Entlohnung sichert, hineinzukommen.

Mit den Vorbereitungen ist es nicht getan, die Prüflinge müssen mehrere Tage zu den Hauptversorgungsämtern fahren. Während dieser Zeit bleibt ihre Arbeit liegen. Die Vorbereitungen beim Reichsarbeitsministerium sind sehr umständlich, ein Ministerialrat hat die Prüfungsaufgaben entworfen, ein Oberregierungsrat muß sie unter seiner Aufsicht schreiben, dann geht die Fahrt zur Druckerei, hier werden sie gedruckt, die Platte wird unter Aufsicht vernichtet. Der Herr Ministerialrat schreibt die Briefumschläge und versiegelt sie selbst. Einige Herren werden beauftragt, persönlich die Briefe bei den Leitern der Hauptversorgungsämter abzugeben. Auf diese Weise wird eine Menge Geld und Arbeit sinnlos vertan. Die Prüflinge (2000) haben seit Mitte Mai täglich zwei Stunden Unterricht gehabt. Nachdem brauchen sie noch zwei Stunden, um das Aufgenommene verarbeiten zu können. Die Unkosten für die Dozenten dazu gerechnet, ergibt, daß man täglich zirka 40 000 Mark auf die Straße wirft.

Wenn diese Zeit und Energie auf Erledigung der Versorgungsansprüche aufgewendet würde, so könnte der größte Teil der vorliegenden Anträge erledigt sein. Von den sinnlos vergeudeten Geldern könnte so viel für die Kriegsbeschädigten geschehen, daß ihr heutiges Elend wesentlich gemildert wäre. Aber darauf kommt es den verantwortlichen Leitern nicht an, sie verwenden ihre ganze Energie auf nebensächliche und zwecklose Dinge.

Diesem Unfug muß auf schnellstem Wege ein Ende gemacht werden.

Die neue Satzung der Berliner Stadtsparkasse

Die städtische Sparkasse Berlins wird unter Einbeziehung aller bisherigen Gemeindesparkassen Groß-Berlins zentral verwaltet und erhält eine neue Satzung, der auch die Bezirksbürgermeister bereits zugestimmt haben. Nachdem der Minister des Innern den Geschäftsbereich der öffentlichen Sparkassen erweitert und ihnen insbesondere im Rahmen der Mündelsicherheit Gelegenheit zum Ausbau ihrer Einrichtungen auf bankmäßigem Gebiete gegeben hat, soll die von den Berliner städtischen Körperschaften bereits beschlossene Einrichtung einer selbständigen Girozentrale für Berlin aufgegeben und diese gleichzeitig von der Sparkasse verwaltet werden.

In der neuen Satzung, die den Stadtverordneten noch vor den Ferien vorgelegt wird, heißt es denn auch, daß die Sparkasse die Geschäfte der kommunalen Girozentrale für die Stadt Berlin übernimmt. Sie ist befugt, sich an der von den kommunalen Giroverbänden begründeten Bankanstalt unter den von den städtischen Körperschaften festzusetzenden Bedingungen zu beteiligen. Der Aufsichtsrat der erweiterten Stadtsparkasse besteht aus dem Stadtkämmerer, 4 weiteren Magistratsmitgliedern, 16 Stadtverordneten und 6 Bürgerdeputierten. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden vom Oberbürgermeister bestellt. Ferner gehören dem Aufsichtsrat 4 von ihm zu wählende, sachverständige Mitglieder der Bezirksämter an.

In den Außenbezirken 7 bis 20 werden Ausschüsse für die Bezirkssparkassen gebildet, die die ihnen übertragenen Aufgaben nach den Bestimmungen des Aufsichtsrats erledigen. Jeder Ausschuß besteht aus 2 Mitgliedern des Bezirksamts, 2 Bezirksverordneten, 2 Bürgerdeputierten und dem Vorsteher der Bezirkssparkasse. Die Stadtsparkasse gliedert sich in zwei Abteilungen, in die Sparkassenzentrale der Stadt Berlin, deren Geschäftsbereich den allgemeinen Sparkassenverkehr umfaßt und der als Geschäftsstellen die Bezirkssparkassen und die Zweigsparkassen dienen sowie in die Abteilung Girozentrale der Stadt Berlin, die für bankmäßige Aufgaben, den kommunalen Giroverkehr und die Erfüllung der den Provinz-Girozentralen sonst zugestandenen Aufgaben eingerichtet ist. Geschäftsstellen der Girozentrale sind die Girokassen.

Ein „Eisenfresser" vor Gericht

Ein sehr gefährlicher Verbrecher, der als tollkühner Ein- und Ausbrecher berüchtigte ehemalige Artist Adolf Schuster, der zu der Klasse der modernen „Kavaliereinbrecher" gehört, wird sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter der Anklage der Tötung des Hausbesitzers Waldemar Hennig zu Schöneberg zu verantworten haben.

In der Nacht zum 5. März 1919 wurde der Hauseigentümer Hennig im Flur seines Hauses Hauptstraße 12 zu Schöneberg in einen großen Blutlache tot aufgefunden. Die Obduktion ergab als Todesursache mehrere durch Schläge mit einem stumpfen Werkzeug verursachte Schädelbrüche. Die Verhandlung hat schon einmal vertagt werden müssen, weil der jetzt der Tötung beschuldigte Schuster infolge seiner aufsehenerregenden phantastischen Flucht aus der Charité lebensgefährlich erkrankt war. Er hatte, um seine Ueberführung aus dem Untersuchungsgefängnis nach der Charité zu erzwingen, aus dem in seiner Zelle befindlichen Bettgestell Eisenstücke herausgebrochen und verschluckt. Die Charité hatte ursprünglich seine Aufnahme abgelehnt, da die Charité zur Aufnahme derart gefährlicher Verbrecher keine genügenden Sicherheitsvorrichtungen besitze. Da aber darauf hingewiesen wurde, daß bei dem hilflosen Zustande Schusters nach der Operation Fluchtgefahr ausgeschlossen erscheine, wurde er in die Charité aufgenommen. In der Nacht darauf war er aus dem dritten Stockwerk der Charité auf unbegreifliche Art verschwunden. Als er dann wieder ergriffen war, wurde er wegen Pferdediebstahls, bei dem er in dem Hause des Hennig zu tun hatte, von der Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Söhne des getöteten Hennig haben dann eine Eingabe an den Oberstaatsanwalt gerichtet, in der sie die Aburteilung Schusters als des Mörders ihres Vaters forderten. Daraufhin ist dann die jetzige Anklage erhoben worden, während in der Anklageschrift in der Pferdediebstahlssache gesagt worden war, daß Schuster der Tötung des Hauseigentümers Hennig nicht überzeugend überführt werden könne. Rechtsanwalt Dr. Pincus hat für den Angeklagten, der die Tat bestreitet, einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten. Es liegt hier der Fall vor, daß ein Schwurgericht die Richtigkeit des von einer Strafkammer erlassenen Urteils nachprüfen soll.

Wohnungseinbrecher suchten am **Montag** vormittag die Wohnung des Buchdruckers Sarembe im Hause Bernauer Str. 53 heim und raubten sämtliche Wäsche- und Kleidungsstücke der Familie. Die Frau liegt schwer krank im Krankenhaus, die Tochter ist zurzeit ebenfalls im Krankenhaus, während der Wohnungsinhaber sich auf seiner Arbeitsstätte befand. Die Familie ist durch den Diebstahl aufs schwerste betroffen, da sie sich ohnehin in großer Notlage befindet.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden eines Brautpaares gefunden. Am 17. d. M. verließen ein 20 Jahre alter Mechaniker Otto Meier und seine Braut Selma Winkler aus der Wikingerstraße 79 ihre Wohnungen und kehrten nicht wieder zurück. Man fand einen Brief des Mädchen, in dem es mitteilte, daß es beabsichtige, sich mit dem Bräutigam das Leben zu nehmen. Diesen Vorsatz hat das Paar in der Tat ausgeführt. Ohne daß jemand es beobachtete, ist es in den Tegeler See gegangen und hat sich ertränkt. Beide Leichen wurden jetzt aus dem Wasser gelandet. Die Veranlassung zu dem Selbstmord war, die Weigerung der Eltern des jungen Mannes, ihn eine eheliche Verbindung mit dem Mädchen eingehen zu lassen.

Volksbildungsamt Bezirk 20, Reinickendorf. Das Städtische Marionettentheater des 20. Bezirks spielt am Freitag, den 1. Juli d. J. nachmittags 4 Uhr, in der Jugendhalle (ehem. Seebad) Reinickendorf, Residenzstr. 49. Zur Aufführung gelangt ein Märchendrama in vier Aufzügen von Franz Pocci: „Kasperl in Aegypten" oder Kalasiris die Lotosblume. Zum Schluß Kasperletheater mit Handpuppen. Eintritt für Kinder 75 Pfg., für Erwachsene 1,50 M.

Mordprozeß Hemberger. Für die Verhandlung gegen die der Ermordung des Oberlehrers Hemberger angeklagte Frau Hemberger und den von ihr als Werkzeug benutzten Angeklagten Protze war vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ein Hauptverhandlungstermin auf Anfang Juli angesetzt worden. Der Termin hat wieder aufgehoben werden müssen, da sich die Notwendigkeit ergeben hat, den Angeklagten Protze nochmals durch Sanitätsrat Dr. Leppmann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Kühl und überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Vernunft wird Unsinn

Am 26. Juni brachten wir eine Notiz, betitelt: „Ein seltsamer Schiedsspruch", in welcher auf die Unsinnigkeit des gefällten Schiedsspruches für die technischen Betriebe der Gemeinde Berlin hingewiesen wurde. In einer Auswirkung für diverse Arbeiterschichten wird dieser Schiedsspruch geradezu grotesk, wie wir einer Zuschrift des Betriebsrats des städtischen Krankenhauses im Friedrichshain entnehmen. Es heißt da u. a.:

Die Handwerker der städt. Krankenanstalten, Maurer, Maler, Tischler, Tapezierer usw., obwohl seit Jahren den „technischen Leitern" der Anstalten unterstellt, sind durch diesen Schiedsspruch gleichfalls nicht als „technische" Arbeiter anerkannt worden; wohl aber die Heizer usw.

Diese ungelernten Arbeiter erhalten, nach vierjähriger Tätigkeit, laut Tarif, Handwerkerlohn; also jetzt laut Schiedsspruch pro Stunde 10 Pfg. mehr als die Handwerker. — Im Sommer, bei beschränkter Heiztätigkeit leisten sie auch Handlangerdienste für Maurer, Maler usw. und erhalten so als Handlanger mehr als die Handwerker.

Damit sind aber noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft, die sich aus diesem Schiedsspruch ergeben. Wenn schon qualitative Differenzierungen in Lohnfragen gemacht werden, dann dürfen doch solch lächerliche Bewertungen, die die Dinge auf den Kopf stellen, nicht eintreten. Es ist höchste Zeit, daß ein solches „Spruchwesen" verschwindet und auch der sattsam bekannte Schiedsspruch aufgehoben, bevor noch Unheil angerichtet wird.

Abzeichenfrage und Postbotenelend

Zu den kürzlich hier geschilderten Auch-Gewerkschaften gehört auch der „Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten". In einer Sektion „vertritt" er auch die Interessen der Postboten. Ein Postbote, der diesem Verbande angehört, schickt uns nun eine lägere Einsendung und glossiert das Verhalten des Verbandes, der den Postboten versprach, ihre drückende Not zu lindern, während die — Beamten „recht nette Summen" erhielten und die Postboten sogar noch 50 M. zurückzahlen mußten. Und, wie es in der Zuschrift weiter heißt, „während **wir uns in äußerster Not befinden und Krankheit und Elend in unsere Reihen einzieht, bildet der einzige Gesprächsstoff dieser Herren (Beamten) die Abzeichenfrage".**

Dazu ist nur zu sagen, daß insbesondere Postboten in eine solche „Gewerkschaft" nicht hineingehören und es ihre erste Aufgabe sein muß, einer solchen Organisation schnellstens den Rücken zu kehren und sich dem zuständigen Verband, das ist der Transportarbeiter-Verband, resp. der Verkehrsbund, anzuschließen.

Je vollzähliger die einzelnen Berufsgruppen in einheitlich-freigewerkschaftlichen Organisationen vereinigt sind, um so leichter ist es, den Forderungen der Schlechtestgestellten gerecht zu werden.

Also heraus aus solchen Standesvereinen und **hinein in die freien Gewerkschaften.** Dies gilt auch für die Postboten.

Ueberstundenskandal. In unserer diesbezüglichen Notiz vom 27., die sich mit der Firma S. Auerbach u. Co., Luisenufer, beschäftigte, werden wir ersucht, mitzuteilen, daß die Firma R. Auerbach, Grünauer Straße, mechanische Werkstatt und Gravieranstalt, mit obiger Firma nichts gemein hat.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Freitag, 1. Juli, abends 6½ Uhr, in der Aula Weinmeisterstr. 15-16, Vortrag über: „Die politischen Ereignisse in Georgien." Referenten: Die Parteiführer der Georgischen Sozialdemokratie Genossen Tscheidse und Ramischwili.

Zutritt haben die Mitglieder des Zentralvorstandes, die Mitglieder der Distriktsleitungen, die Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenfraktion sowie die Referenten der Partei.

Mittwoch, 29. Juni

7. Distrikt (Wedding). 2. Abteilung. Pünktlich 6 Uhr „Freiheit"agitation. Sammellokale: Holtsch, Stralsunder Str. 43; Kunze, Ackerstr. 40.

Donnerstag, 30. Juni

14. Distrikt. Genossen, welche Anspruch auf Gratislieferung der „Freiheit" haben, müssen sich bis zum 2. Juli beim Kassierer Voß, Schwedter Str. 256, 3 Tr., melden.

Freitag, 1. Juli

Steglitz. Waldfest im Grunewald am Sonntag, 10. Juli. Näheres wird noch durch die „Freiheit" bekannt gegeben. Alle Genossen und Genossinnen, welche beim Waldfest sich betätigen wollen bei der Unterhaltung bei Groß und Klein, treffen sich am Freitag, 1. Juli, abends ½8 Uhr im Lokal von Kangl, Fichtestr. 4.

Vereinskalender

Donnerstag, 30. Juni

Betriebsräte der Eisen-, Glas-, Altmetall-, Spielwarenbranche. Abends 6 Uhr Vollversammlung bei Feslaco, Reichtorstr. 15. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über eventl. Ergänzungswahl zum Branchenausschuß der Betriebsräte. 2. Bericht von der Reichskonferenz der Betriebsräte.

Verband der Buchbinder. Abends ½5 Uhr in den Berliner Vereins- und Konzertsälen, Kommandantenstr. 56, Branchenversammlung aller in Briefumschlag- und Papierausstattungsbetrieben Beschäftigten.

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Bezirk Nord-Ost. Abends 7 Uhr Bezirksversammlung in der Aula Heinersdorfer Str. 18. Thema: Die Hungerblockade der Lazarettkranken im Schloß Charlottenburg.

Zentralverband der Angestellten. Gemeinde- und Verwaltungsangestellte. 6½ Uhr Funktionärversammlung in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebichütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Soeben erschienen!

Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule

Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus

(Zweite Auflage von „Die Poesie in Not". Ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes)

Das Buch setzt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer herdorwachsen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer

Preis nur 10.— Mark

Gebunden (Anfang Juli lieferbar) 15.— Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit"-Speditionen oder direkt von der

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e·G·m·b·H

Berlin C2 — Abt. Buchhandlung — Breite Straße 8-9

Botenfrauen

werden sofort eingestellt

Charlottenburg, Wallstraße 90, Hof, Stfl., part., geöffn. von 9—11, 2—5 Uhr

Botenfrauen stellt ein für **Neukölln**

Wanzlick-, Mahlower u. Selchower Str.

Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Resteshaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Syllat, Koloniestraße 9.

Räderweiblich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weiblich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Möbel

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 18, im Norden: Badstr. 47-48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung, bei kleinster An- u. Abzahlung, ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts.

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht, Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung. Auktionsspeicher Badstraße 31.

Chaiselongues 100.— Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbrahtbett. Weiche, Auguststr. 72a. Quyb.

Umbausofas 925 bis 1825.—, Chaiselongues 200.— bis 575.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Fahrradankauf höchstzahlend. Brückner, Gitschiner Straße 78.

Fahrradankauf. Kraus, Gr. Frankfurterstraße 62.

Kaufgesuche

Sämtliches Elektromaterial kauft Einkaufzentrale Fennstraße 52. Moabit 6924.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5063.

Zu kaufen gesucht Hilferding, „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, hochzahlend, Selbstverbraucher. Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links. Moabit 3020.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Gelddarlehen, Ratenrückzahlung, Richter, Invalidenstraße 146, II.

Sofort Geld auf Wertsachen, Brillanten, Wäsche, Pfandscheine, Rückkaufsrecht. Schulz, Danziger Straße 69 (an der Prenzlauer Allee).

Ansiedelungen

Parzellen, günstige Lage verkauft billig Steuerreinnehmer Werner, Bahnhof Strausberg Constantinstraße 7.

Verschiedenes

Privat-Mittagstisch zu soliden Preisen. König, Rollendorfstraße 30.

Richter, ehemaliger, gewissenhaft, Rechtsbeistand. Lothringer Straße 47 (Rosenthaler Platz).

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.